
ROTHERBARON:

POPULISMUS UND AUTORITARISMUS

HANDELUNGSMUSTER UND RHETORISCHE MITTEL DES NEUEN AUTORITARISMUS

Einleitung	2
Schicksalsjahr 2016	2
Links- und Rechtspopulismus	3
Populistische Aushöhlung der Demokratie	3
Gründe für den Vormarsch des Populismus	4
Politikverdrossenheit und Populismus	5
Die autoritäre Geisteshaltung populistischer Führer	6
Das Autoritäre im Populären	7
Links	8
Ablenkung der Unzufriedenheit auf Minderheiten und äußere Feinde	9
Anbiederung an das "einfache Volk"	11
Aushöhlung des Arbeitsrechts	11
Diffamierung des politischen Gegners	12
Etablierung eines Systems gegenseitiger Bespitzelung	13
Führerkult	14
Gleichschaltung der Justiz	15

Kontrolle und Lenkung der Gedanken	16
Kriminalisierung internationaler Kooperation auf der Ebene der Zivilgesellschaft.....	17
Militarismus.....	19
Mythische Überhöhung der Nation	20
Oligarchische Wirtschaftsstrukturen	21
Potemkinsche Demokratie	22
Systematische Indoktrinierung.....	23
Überwachung und Verleumdung kritischer Medien.....	24
Vorwurfsumkehr	25

EINLEITUNG

SCHICKSALSAJAHR 2016

Spätestens seit dem Brexit-Referendum und dem Sieg von Donald Trump bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat sich der Populismus als wirkmächtige Kraft in der Weltpolitik etabliert. Beide Ereignisse haben für alle offen zutage treten lassen, dass man mit haltlosen, einander teilweise widersprechenden Verheißen und einer ostentativ-"postfaktischen" Leugnung der Realität Wahlen gewinnen kann. Dabei muss die Vita des populistischen Politikers noch nicht einmal der eines Volkstribuns entsprechen. Es genügt, dass er messianische Heilserwartungen schürt und gegen jede Vernunft darauf beharrt, diese nach einem etwaigen Wahlsieg zu erfüllen.

2016 war allerdings nicht nur das Jahr des Brexit-Referendums und des Wahlsiegs Donald Trumps. Im selben Jahr ist auf den Philippinen mit Rodrigo Duerte auch ein Mann zum Präsidenten gewählt worden, der als Bürgermeister der Millionenstadt Davao City auf Mindanao Drogenabhängige und Kleinkriminelle von Todesschwadronen bekämpfen ließ. Exakt diese "Politik der harten Hand" war auch das Hauptargument, mit dem er bei den Wahlen für sich geworben hatte. Als Präsident setzt er dieselbe Politik nun im nationalen Maßstab um.

Ebenfalls in das Jahr 2016 fällt der gescheiterte Putsch in der Türkei, der dem Erdoğan-Regime einen willkommenen Anlass für eine Verstärkung von Repression und autoritären Herrschaftsstrukturen bot. Indem Erdoğan sich dabei gezielt einer

populistischen Rhetorik bedient, die das Volk zum gemeinsamen Kampf gegen seine angeblichen Feinde auffordert, bezeugt er den engen Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Populismus.

Bereits im Oktober 2015 war zudem in Polen die rechtsnationale PiS an die Macht gekommen. Insbesondere durch einen radikalen Umbau des Justiz- und Bildungswesens hatte sie umgehend damit begonnen, autoritäre Strukturen zu etablieren. Ein weiteres Jahr früher – im Mai 2014 – war in Indien mit Narendra Modi ein populistischer Hindu-Nationalist an die Macht gekommen. Nach seiner Wiederwahl im Frühjahr 2019 hat er durch den Entzug des Sonderstatus für das überwiegend von Muslimen bewohnte Kaschmir seinen aggressiven Nationalismus erneut unter Beweis gestellt.

Im Sog dieser populistisch-autoritären Entwicklungen haben sich auch andernorts Politiker als nationale Führer inszeniert und versucht, die Wahlberechtigten mit populistischen Versprechungen und einer Law-and-Order-Rhetorik für sich zu gewinnen. Zu nennen ist hier etwa der 2018 in Brasilien zum Präsidenten gewählte Jair Bolsonaro, der sich immer wieder positiv über die ehemalige brasilianische Militärdiktatur geäußert hat und offen rassistische, frauenfeindliche und homophobe Positionen vertritt. In Europa ist das augenfälligste Beispiel wohl Matteo Salvini, der als Vorsitzender der italienischen *Lega* mit einer dezidiert fremdenfeindlichen Politik und einer rechtsnationalen Rhetorik den Stimmenanteil seiner Partei bei den Europawahlen des Jahres 2019 auf ein Drittel der Wahlberechtigten steigern konnte.

LINKS- UND RECHTSPOPULISMUS

Nun ist das Phänomen des Populismus an sich nichts Neues. Das Besondere an den neuen populistischen Bewegungen ist jedoch, dass diese fast durchgängig dem rechten politischen Spektrum zuzurechnen sind. Zwischen Links- und Rechtspopulisten gibt es aber einen wichtigen Unterschied. Beide haben zwar gleichermaßen keine Skrupel, den Wählenden mehr zu versprechen, als sie nach der Wahl einlösen können. Ein Linkspopulist kämpft jedoch in der Regel ernsthaft für mehr soziale Gerechtigkeit und wird sich nach einem Wahlsieg immerhin darum bemühen, Gerechtigkeitslücken in der Gesellschaft zu schließen.

Für einen Rechtspopulisten dagegen sind die Versprechungen, die er während des Wahlkampfs macht, nur ein Mittel zum Zweck des Machterwerbs. Einmal an der Macht, fördert er auf wirtschaftlichem Gebiet oligarchische Strukturen und etabliert in der Politik autoritäre Herrschaftsformen, agiert also keineswegs im Interesse derjenigen, die ihn gewählt haben.

POPULISTISCHE AUSHÖHLUNG DER DEMOKRATIE

Da rechtspopulistische Politiker zumeist nicht offen für die Abschaffung des politischen Systems plädieren, innerhalb dessen sie zu reüssieren hoffen, wird ihnen von

den anderen politischen Kräften der Dialog nicht verweigert. Und da sie die differenzierende Argumentation nicht schätzen, sondern gerne polarisieren und polemisieren, sind sie auch in Talk-Shows gern gesehene Gäste, die einen Anschein von Lebendigkeit in die müden Diskussionszirkel bringen.

Der Dialog, den man den Rechtspopulisten aus einem Ideal demokratischer Toleranz heraus anbietet, wird von diesen jedoch gar nicht geführt. Sie nutzen die Riten des demokratischen Diskurses vielmehr nur als Bühne, auf der sie sich und ihre realitätsvergessenen Ideen präsentieren können.

Derartige hemdsärmelige Auftritte, die sich nicht um das Für und Wider von Argumenten und die komplexen Hintergründe gesellschaftlicher Problemlagen scheren, üben auf manche Zuschauer eine gewisse Faszination aus. So gelingt es den Rechtspopulisten, der angeblichen "Lügenpresse" in deren eigenem Haus die eigenen Lügenmärchen gegenüberzustellen.

Die Gefahr, die sich hieraus für die Demokratie ergibt, liegt darin, dass rechtspopulistische Politiker ihre autoritären Ziele nur dann offen formulieren, wenn sie sich – wie etwa bei der Forderung nach einer restriktiven Flüchtlingspolitik – der Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung sicher sein können. Ansonsten verstecken sie ihre wahren Ziele hinter geschmeidiger Polit-Rhetorik. Sensiblen Zeitgenossen mag zwar ein Schauer über den Rücken laufen, wenn diese Leute von stabilen Mehrheiten und klaren Entscheidungsstrukturen, von Opferbereitschaft und nationaler Größe sprechen. Viele andere, die unter der Realisierung derartiger Träume nicht weniger zu leiden hätten, nicken hier aber zunächst einmal zustimmend.

GRÜNDE FÜR DEN VORMARSCH DES POPULISMUS

Dies wirft die Frage auf, was so viele Menschen dazu veranlasst, der rassistischen Polemik der Rechtspopulisten Gehör zu schenken und sich in deren Märchenwald zu verirren. Zwei Begründungsstränge scheinen dafür maßgeblich zu sein. Der eine betrifft die politischen Eliten und ihren Umgang mit der Demokratie, der andere wirtschaftliche Entwicklungen und wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Wenn von dem zweiten Punkt die Rede ist, fallen oft Stichworte wie "Globalisierung" oder "Globalisierungsverlierer". In der Tat ist es so, dass die globale Vernetzung der Wirtschaft die Handlungsspielräume der großen Unternehmen massiv erweitert hat. Diese können dadurch zum einen immer dort produzieren lassen, wo die Lohn- und Produktionskosten für sie am günstigsten sind. Zum anderen sind global operierende Konzerne gegenüber national orientierten Politikern stets strategisch im Vorteil, da sie die einzelnen Regierungen gegeneinander ausspielen können.

Die Problematik der Besteuerung internationaler Unternehmen oder auch der Regulierung von Finanztransaktionen und Börsenaktivitäten ist nur im Rahmen multilateraler Abkommen zu regeln. Statt diese durchzusetzen, erliegen aber immer wieder

einzelne Staaten der Versuchung, sich durch günstige Steuersätze für große Konzerne oder auch Sonderkonditionen für Finanzplätze wirtschaftliche Vorteile gegenüber anderen Ländern zu verschaffen.

In einem solchen Umfeld fallen die nationalistischen Rufe der Rechtspopulisten nach einer protektionistischen Einhegung der heimischen Wirtschaft auf fruchtbaren Boden. Die Sehnsucht nach einer Rückkehr in die überschaubare Sphäre eines rein nationalen Marktes fördert unter Globalisierungsverlierern zudem die Bereitschaft, die wirtschaftlichen Probleme auf alles Fremde – insbesondere Zuwanderer – zu projizieren, als wären diese verantwortlich für die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit der Politiker, die Globalisierung aktiv zu gestalten, anstatt sie von der Wirtschaft in deren Interesse "managen" zu lassen.

POLITIKVERDROSSENHEIT UND POPULISMUS

Der zweite Begründungsstrang für den Aufstieg der Rechtspopulisten hängt eng mit letzterem Punkt zusammen und betrifft unmittelbar die politische Ebene. Um der wirtschaftlichen Elite als eigenständige Gestaltungsmacht gegenüberreten zu können, müsste die politische Elite klar von dieser geschieden sein. Dies ist aber weder auf der alltäglichen Handlungsebene noch auf der Ebene der Denkmuster und Einstellungen der Fall. Vielmehr wechseln Führungskräfte heutzutage oft zwischen Wirtschaft und Politik hin und her und lassen sich auch auf der Ebene von Habitus und Umgangsformen als einheitliche Kaste beschreiben.

Dies führt dazu, dass das Volk von den politischen Entscheidungsträgern immer weniger als Souverän und immer stärker als lästiges Übel angesehen wird, das man in regelmäßigen Abständen indoktrinieren und manipulieren muss, um die eigene Macht zu sichern. An die Stelle des demokratischen Dialogs treten dann als PR-Maßnahmen getarnte Propagandafeldzüge, in denen selbst gegen die Interessen der Betreffenden gerichtete Gesetze als nie dagewesene Wohltaten präsentiert werden.

Hinzu kommt, dass standardisierte Coachingseminare und Beratungsagenturen den Eindruck der Austauschbarkeit des politischen Personals, der fehlenden Unterscheidbarkeit der einzelnen Politiker und Parteien, vermitteln. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Tatsache, dass Letztere in ihren Entscheidungsspielräumen durch die Einbindung der Staaten in multilaterale Gemeinschaften und Handelsabkommen eingeengt sind.

In der Folge wird die politische Elite als vom Volk abgehoben wahrgenommen. Nationale Politiker scheinen nur noch das nach unten "durchzustechen", was in Brüssel, Davos und anderswo ausgehandelt worden ist. Befeuert wird diese Wahrnehmung auch durch einen autokratischen Habitus, bei dem das Volk – als der angebliche "Souverän" in der Demokratie – nicht mehr gefragt, sondern nur noch über die andernorts getroffenen Entscheidungen belehrt wird. In einer solchen Situation wird dann jede Möglichkeit genutzt, um der eigenen Wut ein Ventil zu verschaffen. So

kommen Voten wie beim Brexit-Referendum zustande, bei dem weite Teile des Volkes gegen die eigenen Interessen abgestimmt haben, um "denen da oben" einen Denkzettel zu verpassen.

Von dieser Entwicklung profitieren Rechtspopulisten deshalb, weil sie skrupellos genug sind, die Wählenden in ihrem irrationalen Abstimmungsverhalten zu bestärken. Ihr Reiz besteht für viele Menschen darin, dass sie sich als "Anti-Establishment" präsentieren und dies durch einen ostentativ politisch inkorrekt Habitus unterstreichen. Sie sind absichtlich undiplomatisch und nicht selten beleidigend gegenüber anderen und geben so der diffusen Wut und Verunsicherung, die sich unter ihren Anhängern angesichts der oben beschriebenen Kontrollverluste breitgemacht hat, eine Stimme. Die gezielt eingesetzten Pöbeleien gegenüber dem politischen Gegner sind für jene, die sich von den etablierten Politikern übergegangen und nicht ernst genommen fühlen, zudem ein identifikatorisches Angebot, das das verletzte Ego streichert und ein Gemeinschaftsgefühl wie in einer eingeschworenen Stammtischrunde vermittelt.

DIE AUTORITÄRE GEISTESHALTUNG POPULISTISCHER FÜHRER

In der Konsequenz führt so der Niedergang der demokratischen Kultur dazu, dass diese von zynischen Volkstribunen vollends zerstört werden kann. Eine funktionierende demokratische Kultur, in der die Menschen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben könnten, anstatt von für sie undurchschaubaren Entwicklungen und Entscheidungen anderer überrollt zu werden, wäre demzufolge das wirksamste Gegenmittel gegen die Populisten. Andernfalls können die autokratischen Tendenzen, durch welche die Demokratie sukzessive ausgehöhlt worden ist, von autoritären Führern (und in einigen wenigen Fällen auch Führerinnen) für den eigenen Machterwerb genutzt werden.

Wes Geistes Kind die sich so volksnah gebenden Verführer der Massen in Wahrheit sind, lässt sich am besten an ihren internationalen Kontakten ablesen. Besonders aufschlussreich sind der gute Draht zum Kreml und die fehlenden Berührungsängste mit der putinschen Demokratie sowie die durchweg positiven Reaktionen auf den Wahlsieg Donald Trumps. Beides zeigt, dass es den Rechtspopulisten keineswegs – wie sie oft behaupten – um eine Stärkung der Demokratie geht. Was sie anstreben, ist vielmehr ein Staat, in dem der nationale Führer das Volk in einem solchen Maße repräsentiert, dass er dessen Willen intuitiv erfasst und folglich auch nicht mehr durch Wahlen bestätigt werden muss.

Wer in einem solchen Staat nicht einverstanden ist mit der Politik des Führers oder diesen gar kritisiert, offenbart sich damit automatisch als Feind des Volkes, dessen Wille sich in dem Führer manifestiert. Die scheinbar den Interessen des Volkes dienenden rechtspopulistischen Bewegungen münden somit geradewegs in die offene Unterdrückung der Bevölkerung.

DAS AUTORITÄRE IM POPULÄREN

Angesichts der geschmeidigen Rhetorik der Rechtspopulisten ist das Unterdrückungspotenzial ihrer Politik oft nicht auf Anhieb zu erkennen. Es hilft deshalb, die Funktionsmechanismen von ganz oder teilweise autoritär strukturierten Regimen und die Programmatik der entsprechenden populistischen Bewegungen näher unter die Lupe zu nehmen, um zu erkennen, was einen hinter der Kulisse der vorgeblichen Volkstümlichkeit erwartet. Dabei lassen sich bestimmte Handlungsmuster und rhetorische Figuren identifizieren, die sich in verschiedenen Staaten bzw. populistischen Bewegungen ähneln und teilweise auch voneinander kopiert werden. In manchen Fällen ergeben sich Parallelen zu autoritären Regimen früherer Jahrhunderte. Mitunter müssen die neuen Populisten und Autokraten ihre Methoden jedoch auch den Kommunikationsformen des Internetzeitalters anpassen.

Im Folgenden liste ich einige zentrale Handlungsformen und rhetorische Mittel heutiger autoritärer Regime und populistischer Bewegungen auf. Dabei geht es mir nicht darum, eine umfassende Analyse zu liefern oder neue Zusammenhänge aufzudecken. Mein Ziel ist es vielmehr, ein Instrumentarium für die rasche Orientierung zu bieten, durch das der, der es wissen möchte, auch die Konsequenzen mancher populistischer Argumentationsmuster erkennen kann.

So könnte die folgende Indikatorenliste vielleicht auch als eine Art Frühwarnsystem zum Erkennen und zur Abwehr autoritärer Gefahren fungieren. Dabei ist zu beachten, dass jeweils nicht alle Punkte auf ein bestimmtes autoritäres Regime oder eine populistische Bewegung zutreffen müssen. Auch bedeutet das Vorhandensein einzelner autoritärer Tendenzen nicht automatisch, dass das System im Ganzen autoritär ist. Umgekehrt kann man jedoch sagen, dass dieses sich umso stärker totalitären Strukturen annähert, je mehr Aspekte autoritärer Herrschaft auf es zutreffen.

Natürlich können autoritäre Herrschaftsstrukturen auch im Sinne einer eruptiven Veränderung etabliert werden, etwa durch einen Militärputsch. Das Gefährliche an populistischen Bewegungen ist jedoch gerade, dass die autoritären Strukturen hier schleichend eingeführt werden, so dass sie anfangs vielleicht noch gar nicht als solche erkennbar sind. Es ist deshalb wichtig, Tendenzen einer zunehmenden Entmündigung des Volkes, wie sie auch hierzulande zu beobachten sind, die paradoxen "illiberalen Demokratien" in Ungarn und Polen, die putinsche Schimäre einer "gelenkten Demokratie" und die offen autokratischen Regime Zentralasiens als Kontinuum zu begreifen, auf dem man sich wie auf einer schiefen Ebene auf die vollendete Diktatur zubewegt.

Zur Exemplifizierung der angesprochenen Zusammenhänge und zur vertiefenden Auseinandersetzung mit den einzelnen Punkten werden im Anschluss an diese jeweils ein paar weiterführende Links aufgelistet. Natürlich erhebe ich mit meinem kleinen Autokraten-ABC keinen Anspruch auf Vollständigkeit – Ergänzungsvorschläge sind jederzeit willkommen.

LINKS:

Albrecht, Holger / Frankenberger, Rolf: [Die "dunkle Seite" der Macht. Stabilität und Wandel autoritärer Systeme.](#) In: Der Bürger im Staat 60 (2010), H. 1: "Autoritäre Regime", S. 4 – 13.

Bauer, Werner T.: [Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa.](#) Wien, aktualis. und überab. Fassung, Juli 2019: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.

Bidder, Benjamin: [Populisten in Europa. Russlands rechte Freunde.](#) Spiegel Online, 4. Februar 2016.

Gerschewski, Johannes / Merkel, Wolfgang / Schmotz, Alexander / Stefes, Christoph H. / Tanneberg, Dag: [Warum überleben Diktaturen?](#) Politische Vierteljahrsschrift (PVS), Sonderheft 47/2012. [Theoretischer Rahmen des DFG-Forschungsprojekts "Critical Junctures and the Survival of Dictatorships. Explaining the Stability of Autocratic Regimes", mit ausführlichem Literaturverzeichnis]

Lassay, Paul-Christian: [Autoritäre Regime, Parlamente und die Wahrung von Menschenrechten.](#) Eine empirische Untersuchung. Magisterarbeit, Mainz 2013: Johannes-Gutenberg-Universität. [mit ausführlichen Literaturhinweisen zum Autoritarismus]

Lauth, Hans-Joachim: [Authoritarian Regimes.](#) InterAmerican Wiki: Terms – Concepts – Critical Perspectives.

Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine: [Das Land, das die AfD anstrebt.](#) Süddeutsche Zeitung, 26. Mai 2016 [über reaktionäre und autokratische Tendenzen im Grundsatzprogramm der AfD].

Linz, Juan J.: [Totalitäre und autoritäre Regime](#) (Erstausgabe engl. 1975), herausgegeben von Raimund Krämer. Berlin, 2., überarb. und ergänzte Aufl. 2003: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag (Potsdamer Textbücher; 4).

Merkel, Wolfgang: [Embedded and defective democracies.](#) In: *Democratization* 11 (2004), Nr. 5, S. 33 – 58. [vgl. hierzu auch die Überblicksdarstellung in der unten angegebenen Magisterarbeit von Vancheva, 2013]

Ders.: [Are dictatorships returning?](#) Revisiting the 'democratic rollback' hypothesis. In: *Contemporary Politics* 16 (2010), Nr. 1, S. 17 – 31.

ORF: [Das russische Netzwerk in Europa](#) [listet populistische und konservative Gruppierungen und Politiker auf, die enge Kontakte zu Wladimir Putin und/oder zur Kreml-Partei *Einiges Russland* unterhalten]

Portal für Politikwissenschaft: Auswahlbibliographien zum [Autoritarismus](#) und zum [Rechtspopulismus](#).

Rathkolb, Oliver: [Neuer Politischer Autoritarismus](#). In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44-45/2011: Demokratie und Beteiligung. Bundeszentrale für politische Bildung.

Sapper, Wolfgang / Weichsel, Volker (Hg.): [Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen](#). Berlin 2018: BWV (Zeitschrift Osteuropa 3-5/2018) [online nur Abstracts und zwei Einzelbeiträge kostenfrei verfügbar].

Schneider, Silke / Wilde, Gabriele: [Autokratie, Demokratie und Geschlecht: Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen](#). In: *Femina Politica* 21 (2012), H. 1, S. 9 – 16.

Smilga, Julia: [Die Liebe der AfD zu Putin](#). Deutschlandradio Kultur, 15. Juli 2016.

Timm, Christian: [Jenseits von Demokratiehoffnung und Autoritarismusverdacht: Eine herrschaftssoziologische Analyse post-transformatorischer Regime](#). In: Albrecht, Holger / Frankenberger, Rolf (Hg.): Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, S. 95 – 118. Baden-Baden 2010: Nomos. [Link führt auch zu Inhalts- und Literaturverzeichnis des für die neuere Autoritarismusdebatte zentralen Sammelbandes]

Urban, Hans-Jürgen: [Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus](#). In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 56 (2011), H. 7, S. 77 – 88.

Vancheva, Nadezhda: [Rückschritt nach dem Beitritt? Eine empirische Analyse der Qualität der Demokratie in Bulgarien nach dem EU-Beitritt](#). Magisterarbeit, Mainz 2013: Johannes-Gutenberg-Universität. [bietet in Kapitel 2, S. 4 – 33, einen guten Überblick über das für die Autoritarismusdebatte wichtige Konzept der "defekten" bzw. der "eingebetteten" Demokratie]

ABLENKUNG DER UNZUFRIEDENHEIT AUF MINDERHEITEN UND ÄUßERE FEINDE: Wirtschaftliche Engpässe, zu denen es in autoritären Regimen aufgrund ihrer Günstlingswirtschaft und der Zurückdrängung des freien Unternehmergeistes, aber auch aufgrund derselben konjunkturellen Abhängigkeiten wie in anderen Ländern kommen kann, können jederzeit zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung führen. Gleches gilt für die Einschränkung der geistigen Freiheit und der gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Um ein Ventil für diese Unzufriedenheit zu schaffen, schüren autoritäre Regime den Hass auf alles, was von der nationalen Norm abweicht.

Dies gilt im Inneren für Menschen, deren Religion, Kultur, Nationalität, sexuelle Orientierung oder geistige Überzeugungen nicht dem völkischen Wertekanon entsprechen. Jenseits der Grenzen werden Feinde dadurch kreiert, das ihnen eine Unterdrückung von dort lebenden Angehörigen des eigenen Volkes vorgeworfen wird oder man sie für die "Dekadenz" verachtet, mit der sie eben jene Freiheit ausleben, die man der eigenen Bevölkerung vorenthält.

So wird zweierlei erreicht: Zum einen wird die Wut auf diejenigen, die einen in das Gefängnis der "Heiligen Nation" sperren, auf jene projiziert, die willentlich oder unwillentlich außerhalb dieses Gefängnisses leben. Zum anderen wird so aber auch das Ideal der Freiheit selbst wirksam diskreditiert, indem alles, was sich jenseits des Gefängnisses befindet, als Inbegriff des sozialen und geistigen Verfalls erscheint.

Auf ökonomischem Gebiet können Feinde dadurch kreiert werden, dass man anderen Ländern vorwirft, sich auf Kosten des eigenen Volkes zu bereichern – etwa dadurch, dass sie einem angeblich die Arbeitsplätze wegnehmen oder sich durch Währungsmanipulationen Handelsvorteile verschaffen. Die Folge ist eine protektionistische Politik, die die betreffenden Länder zu Gegenmaßnahmen provoziert und so die anfangs nur herbeiphantasierte Konfrontation im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung Realität werden lässt.

Beckert, Nico: [Flüchtlinge: Die Sündenböcke neoliberaler Politik.](#) *Telepolis*, Heise Online, 16. November 2017.

Dornblüth, Gesine: [Russland: Machtpolitik mit Pässen.](#) Deutschlandfunk, 7. Juni 2019 [zur erleichterten Vergabe russischer Pässe an Bürger der Ostukraine].

Lausberg, Michael: [Ungarn: Nationalismus und Autoritarismus auf dem Vormarsch.](#) *tabularasa. Zeitung für Gesellschaft und Kultur*, 7. November 2016.

Pester Lloyd, Tageszeitung für Ungarn und Osteuropa: Artikelsammlung zu [Unterdrückung der Roma in Ungarn und Ostmitteleuropa.](#)

Rednow, Saul: [Nackte Angst – Jagd auf homosexuelle Menschen](#) [in Russland]. *Freitag Community*, 24. August 2015.

Sido, Kamal: [Die Aleviten in der Türkei stehen unter Generalverdacht.](#) *Telepolis*, Heise Online, 10. August 2016.

Wikipedia.org: [Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China;](#) [mit zahlreichen Links zu Quellentexten und weiterführenden Artikeln]

ANBIEDERUNG AN DAS "EINFACHE VOLK": Viele autoritäre Regime verbinden die für sie konstitutiven Unterdrückungsmechanismen mit einer folkloristischen Volkstümlichkeit. Auf Schritt und Tritt signalisieren die Führer den Menschen: "Ich bin einer von euch!" So zeigen autoritäre Herrscher sich gerne in der Kleidung einfacher Arbeiter, beim Sport oder auf Volksfesten. Dahinter steht eine durchsichtige Strategie: Wenn der Diktator als Teil des Volkes erscheint, so suggeriert dies der Bevölkerung, dass die Repression zu ihrem eigenen Besten geschieht.

Backfisch, Michael: [Regierungskrise in Italien: Willkommen im Zirkus Salvini](#). Berliner Morgenpost, 11. August 2019 [mit Beispielen für eine Charmeoffensive Salvinis, in der er sich als "Mann des Volkes" präsentiert].

Baumgarten, Reinhard: [Erdoğans Türkei nach dem Putschversuch](#): Osmanisches Reich reloaded? Deutschlandfunk Kultur, 24. August 2016 [zur Selbstinszenierung Erdoğans als "Mann des Volkes" vgl. vor allem das in dem Beitrag zitierte Lied "Dombra"].

n-tv: [Präsident in Saus und Braus: Putin tobt sich aus](#) [Fotostrecke zur medialen Selbstinszenierung von Wladimir Putin; zur inszenierten Volkstümlichkeit vgl. u.a. Bild 6 und 8].

AUSHÖHLUNG DES ARBEITSRECHTS: Autoritäre Regime zwingen ihren Untertanen das Bild eines einheitlichen Volkskörpers bzw. eines Staatsgebildes auf, dessen Glieder sich zu einem harmonischen Ganzen fügen. Dieses Konzept einer prästabilierten Harmonie deckt auf totalitäre Weise die sozialen Konflikte zu. Gewerkschaften, ein modernes Streikrecht und Arbeitskämpfe haben darin keinen Platz, da sie von antagonistischen Strukturen ausgehen.

Derartige Strukturen existieren natürlich auch in der Arbeitswelt autoritärer Regime. Soweit hier aber in Staatsbetrieben und öffentlichem Dienst die Gehälter zu niedrig sind oder unregelmäßig ausgezahlt werden und in anderen Bereichen der Wirtschaft unzureichende Lohnstandards existieren sollten, werden die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse schlicht zum freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft umetikettiert. In dieser Logik der Selbstaufopferung liegt auch, dass von den Untertanen unbefristete und "freiwillige" zusätzliche Arbeitsleistungen für die Gemeinschaft erwartet werden.

Alpen, Hannes: ["Trump hat die Arbeiter enttäuscht."](#) Interview mit Richard Trumka, dem Präsidenten der *American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO). *EurActiv.de*, 22. August 2017.

Amnesty International: [Unbefristeter "Nationaldienst" in Eritrea](#). 4. Dezember 2015.

Bisjukow, Pjotr / Grischko, Oksana: [Gewerkschaften in Russland](#). Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2012.

Ciftci, Feride: [Gewerkschaften unter Druck – Die Situation nach dem Putschversuch in der Türkei](#). *Blickpunkt WiSo*, 12. April 2018.

DGB Nordrhein-Westfalen: [21 Gründe, warum Gewerkschaften Rechtspopulisten wie AfD, Pegida und Co. ablehnen](#). 6. Oktober 2016.

Dinler, Demet Şahende: [Gewerkschaften in der Türkei](#). Interessenvertretung unter schwersten Bedingungen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2013.

IG Metall: [Gewerkschaftsrechte in Russland: Ein Spielball der Politik](#). 11. April 2013.

Jungehüsing, Jenny: [Druck auf Arbeitnehmerrechte wächst durch Trump](#). KOMM, Verdi-Zeitschrift für Telekom-Beschäftigte, 4/2017.

Mittelstaedt, Katharina: [FPÖ unterzeichnet Absichtserklärung mit Putins Partei](#) [u.a. zu "Erziehung der Jugend im Geiste von Patriotismus und Arbeitsfreude"]. *Der Standard*, 19. Dezember 2016.

Wolkow, Wladimir: [Sinkender Lebensstandard und wachsende Unzufriedenheit in Russland](#). *World Socialist Web Site*, 19. März 2016.

Zeit Online: [Arbeitsrecht: Ungarns Staatspräsident unterzeichnet umstrittenes Überstundengesetz](#). 21. Dezember 2018.

DIFFAMIERUNG DES POLITISCHEN GEGNERS: Statt sich den Argumenten politischer Gegner zu stellen und sich diskursiv mit ihnen auseinanderzusetzen, werden diese in autoritären Staaten systematisch diskreditiert. Dies kann etwa bedeuten, dass Oppositionelle aufgrund konstruierter Vorwürfe vor Gericht gebracht werden. Besonders beliebt sind dabei wirtschaftliche Straftatbestände wie Steuerbetrug oder Korruption, die für die breite Öffentlichkeit nur schwer nachprüfbar sind und zudem den Volkszorn auf den angeblichen "Gemeinschaftsschädling" befeuern.

Sehr wirkungsvoll und ebenfalls kaum von dem eigenen Bild in der Öffentlichkeit "abzuwaschen" sind auch Vorwürfe moralischen Fehlverhaltens, wie etwa Kindesmissbrauch oder sozial geächtete Sexualpraktiken. Die Verhöhnung des politischen Gegners ist dabei keineswegs beendet, wenn dieser aus dem Verkehr gezogen ist. So

pflegt insbesondere die russische Führung Vorwürfe, in Anschläge auf Oppositionelle verwickelt zu sein, mit dem Hinweis auf deren angeblich marginale Bedeutung zurückzuweisen.

Die demonstrativ zur Schau gestellte Unerbittlichkeit gegenüber Regimekritikern wirkt sich entmutigend und einschüchternd auf die Opposition aus. Sie fördert opportunistischen Überlebenswillen und die Identifikation mit den Mächtigen, ähnlich wie auf dem Schulhof, wo der Schlägertyp in der Regel keine Schwierigkeiten hat, eine "Bande" um sich zu versammeln.

Goncharenko, Roman: [Alexej Nawalny kämpft gegen russischen Sender](#) [dem er Verleumdung vorwirft]. *Deutsche Welle*, 19. Mai 2016.

Herrmann, Regine: [Wie AfD-Kandidaten im Odenwald politische Gegner und Flüchtlinge diffamieren](#). *Echo online*, 3. März 2016.

Spiegel Online: [Strafe für Homosexualität: Malaysias Oppositionsführer Anwar muss fünf Jahre in Haft](#). 10. Februar 2015.

ETABLIERUNG EINES SYSTEMS GEGENSEITIGER BESPIZELUNG: Die Verdammung jedweder Kritik an der Politik des Regimes als "Terrorpropaganda" und die Heilsprechung alles Nationalen schüren eine hysterische Angst vor inneren Feinden, bei der jede minimale Abweichung von den vorgegebenen Werten und Normen als Bedrohung der nationalen Sicherheit hingestellt wird.

Dies fördert – in Verbindung mit der Hoffnung, so die eigene gesellschaftliche Position zu festigen bzw. zu verbessern – die Bereitschaft, mutmaßliche Feinde des Volkes bei den Behörden anzuzeigen. Da niemand genau wissen kann, wer sich als verlängerter Arm des Regimes missbrauchen lässt, entsteht so ein allgemeines System des gegenseitigen Misstrauens. Die Folge ist ein sich selbst erstickender Widerstand, eine Spirale der gegenseitigen Unterdrückung, bei der die latente Bedrohung durch die Schergen des Regimes in jeder noch so harmlosen Kommunikation präsent ist.

Assheuer, Thomas: [Putins treue Denunzianten. In Moskau hetzen jetzt Künstler gegen Künstler](#). *Die Zeit*, 11. September 2014.

Klovert, Heike: [AfD-Meldeportale gegen Lehrer und Professoren: "Ein Mittel von Diktaturen"](#). *Spiegel Online*, 11. Oktober 2018.

Topçu, Canan: [Angst vor Repression. Die Türken reden nicht mehr.](#) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. November 2016.

FÜHRERKULT: Zu den zentralen Elementen autoritärer Herrschaft gehört die Gestalt des "nationalen Führers". Dieser erscheint in einem solchen Maße als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts und als Lenker der Geschicke des Staates, dass er abgehoben vom politischen Tagesgeschäft agiert. So muss er auch nicht Mitglied der Partei sein, die ihn formal stützt (wie im Falle von Wladimir Putin und der Kreml-Partei *Einiges Russland*), ja noch nicht einmal (wie Jarosław Kaczyński in Polen) ein offizielles Staatsamt bekleiden.

Unmittelbar verbunden mit dem Führerkult ist das Bild des Herrschers als eines strengen, aber gerechten Vaters, der über die Nation wacht. Darin angelegt ist die Aushöhlung des Rechtsstaats. Denn was Recht ist und wie es umgesetzt wird, entscheidet allein der Führer. Er ist es, der Strafen verhängen und anwenden lässt, seine starke Hand bietet den Bösewichten Einhalt. Der Führer ist damit nicht einfach nur ein x-beliebiger Law-and-Order-Politiker, sondern eine gottgleiche Instanz, die Normen setzt und im Sinne des von ihm selbst definierten Volkswohls durchsetzt.

Das Bild, das die staatliche Propaganda von dem nationalen Führer zeichnet, drängt die selbstherrlichen, rachelüsternen Züge derartiger Regenten allerdings konsequent in den Hintergrund. Es entspricht eher dem des gütigen, Tag und Nacht um sein Volk besorgten Herrschers.

Hierzu gehört das Klischee des schon vor Tagesanbruch Akten wälzenden "Ersten Arbeiters" ebenso wie das des wichtige Entscheidungen mit gottgleicher Genialität fällenden Feldherrn oder das des korrupten bzw. müßiggängerischen Bürokraten zu-rechtweisenden Dienstherrn. Überdeckt werden damit die faktische Selbstbedienungsmentalität, die zahlreiche Autokraten auszeichnet, sowie natürlich auch die Erstickung des Freiheitswillens, die sich hinter der scheinbaren Fürsorge verbirgt.

RB: [Der mündige Bürger als Feiertagskontrukt. Zum Widerspruch von Demokratie und Führertum.](#) rotherbaron. Februar 2016

Baumann, Meret: [Kaczynskis Politik und Vision: Polens Spaziergang mit dem Tiger.](#) Neue Zürcher Zeitung "Folio", 10. Februar 2016.

Fücks, Ralf: [Die Türkei ist auf dem Weg zum Führerstaat.](#) Die Welt, 31. Oktober 2016.

Grüne Bildungswerkstatt: [Ein Volk und sein Führer.](#) stopptdierechten.at, 23. Juni 2016 [über das Konzept des Führers als eines unmittelbaren, nicht Parteiinteressen

unterworfenen Vollstreckers des Volkswillens, am Beispiel von Äußerungen des ehemaligen FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache, Wladimir Putins und Adolf Hitlers].

Kuntz, Katrin: [Der philippinische] [Präsident Duterte und die Killerkommandos](#): "Ich wusste, dass die Frauen unschuldig waren." *Der Spiegel* 8/2017; 20. Februar 2017.

Pfahler, Lennart: ["Er will einen Führer-Staat". AfD-Aussteiger spricht über Höckes geheimen Plan.](#) *Huffington Post*, 6. April 2016; gepostet auf hajo-funke.wordpress.com.

Ulrich, Stefan: [Populismus: Magie der harten Führer.](#) *Süddeutsche Zeitung*, 6. August 2016.

GLEICHSCHALTUNG DER JUSTIZ: Das wichtigste Gegengewicht zu einer Regierung, die in einem formal demokratischen Staat zentrale Standards demokratischen Handelns missachtet oder außer Kraft setzt, ist die Justiz. Die zentrale Rolle kommt dabei dem Verfassungsgericht zu. Alle autoritär ausgerichteten Regime sind daher bestrebt, dieses unter ihre Kontrolle zu bringen.

Besonders rabiat ist dabei zuletzt die polnische Regierung vorgegangen. In Russland sowie in der Türkei (erst recht nach den jüngsten Säuberungsaktionen) ist faktisch der gesamte Justizapparat vom Willen der Regierung abhängig. So ist etwa in Russland eine Anklage fast schon gleichbedeutend mit einer Verurteilung. Freisprüche sind eine Rarität.

Erleichtert wird die Kontrolle der Justiz dadurch, dass das System der Gewaltenteilung auch in vielen demokratischen Staaten nicht sauber gehandhabt wird. So werden auch in Deutschland und den USA die Verfassungsrichter vom Parlament bzw. vom Präsidenten bestimmt. Dies öffnet partei- und machtpolitischen Interessen Tür und Tor. In Deutschland sind etwa weder der frühere saarländische Ministerpräsident Peter Müller noch der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Harbarth aufgrund entsprechender juristischer Fachkompetenz und langjähriger Erfahrung in der Rechtsprechung zu Verfassungsrichtern gekürt worden. Vielmehr war hierfür schlicht parteipolitisches Kalkül ausschlaggebend.

In den USA hat die Ernennung der höchsten Richter durch die Politik dazu geführt, dass ein impulsiver, ressentimentgesteuerter Präsident sich eine ihm genehme Mehrheit am Supreme Court sichern konnte und so noch ungehinderter schalten und walten kann. Seine mangelnde Achtung vor der Unabhängigkeit der Justiz hatte Trump zuvor schon mit der Entlassung seiner Justizministerium bezeugt, die er wegen ihrer Kritik an seinem Einreiseverbot für Menschen aus mehreren vorwiegend

muslimischen Ländern des Verrats bezichtigt hatte. Auch seine Beschimpfung des Richters, der dieses Verbot außer Kraft gesetzt hat, liegt auf dieser Linie.

Akyol, Çiğdem: [Eine Justiz nach Erdoğans Vorstellungen](#). *Zeit Online*, 17. Juli 2016.

Frey, Eric: [Wie Trump die Demokratie und die Justiz in den USA untergraben will](#). *Der Standard*, 4. August 2019.

Kellerhoff, Sven Felix: [Warum Trumps Verratsvorwurf so gefährlich ist](#). *Die Welt*, 1. Februar 2017.

Schumatsky, Boris: [Verfall des russischen Rechtsstaats](#). Deutschlandfunk, 4. September 2014.

Wikipedia: [Polnische Verfassungskrise und Justizreformen \(seit 2015\)](#); mit zahlreichen Links und Übersichtstabellen zu der Thematik

RB: [Gewaltenteilung? Nein danke! Zur Ernennung von Stephan Harbarth zum Bundesverfassungsrichter](#). rotherbaron. 23. November 2018

KONTROLLE UND LENKUNG DER GEDANKEN: In Science-Fiction-Werken ist das ein gern genutzter Gruseleffekt: Der Staat verfügt über Techniken, die Gedanken der Bürger zu lesen und sie in seinem Sinne zu beeinflussen. Schon immer fußte dieser Horroreffekt auf realen Vorbildern: auf Propagandafeldzügen, medialer Gehirnwäsche und der Kontrolle der Bildung.

Es ist keineswegs so, dass die Mächtigen von heute auf die klassischen Mittel der Verbote und der Zensur verzichten würden. Daneben verfügen sie mittlerweile jedoch auch über neue Möglichkeiten, die dem Diktatorenideal der Gedankenpolizei noch viel näher kommen. Zu denken ist dabei insbesondere an die "social bots", künstliche Gebilde, die sich in den sozialen Medien wie ganz normale Nutzer verhalten, de facto aber nichts anderes sind als Computerprogramme, die dazu dienen, andere auszuhorchen, sich in ihr Vertrauen zu schleichen und ihre Gedanken und Gefühle in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Dabei ist den Herren über diese Computerprogramme lange auch die Idealisierung der sozialen Medien als Garanten von Befreiungsprozessen zugute gekommen. Erst in letzter Zeit wächst das Bewusstsein für das Bedrohungspotenzial, dass sich aus russischen Trollfabriken und Fake-Freunden bei Facebook und Co für die Demokratie ergibt.

Nach wie vor trägt aber das subjektive Gefühl, sich daheim vor dem Computer in einem geschützten Raum zu bewegen, vielfach zu einer Sorglosigkeit bei, die den Ak-

tivitäten der Internet-Feinde im Freundesgewand in die Hände spielt. De facto wird so gerade die gefühlte Freiheit zu einem Einfallstor für geistige Unterdrückung.

Daneben werden die digitalen Medien und neuen elektronischen Möglichkeiten jedoch auch ganz klassisch für eine Perfektionierung der Überwachung und Kontrolle der Bürger genutzt. Das wohl erschreckendste Beispiel dafür ist das chinesische Sozialpunktesystem, welches das Wohl- und Fehlverhalten der Menschen über Videokameras und andere Überwachungsmechanismen erfasst, gegeneinander aufrechnet und – bei einem entsprechend niedrigen "Sozialpunktstand" – sanktioniert.

Dorloff, Axel: Sozialkredit-System: [China auf dem Weg in die IT-Diktatur](#). Deutschlandfunk, 23. Juni 2018.

Gedeon, Diana: [Social Bots – Künstliche Koexistenzen?](#) techtag, 28. November 2016 [mit weiteren Links zum Thema].

Goncharenko, Roman: [Mit einem Klick in den Knast.](#) Deutsche Welle, 20. Juli 2016 [über die Kontrolle der sozialen Medien in Russland].

Kharuk, Irina / Litvinenko, Anna: ["Unsichtbare rote Linien". Internet-Regulierung und ihre Konsequenzen für den Online-Journalismus in Russland](#). Bundeszentrale für politische Bildung, 17. November 2016.

Kühl, Eike: [Wissenschaftler im Guerillakampf.](#) Zeit Online, 26. Januar 2017. [über Trumps Twitter-Verbot für Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung und deren Gegenwehr]

Seiffert, Jeanette: [Meinungsmache im Netz. Wie Social Bots Falschmeldungen verbreiten](#). Deutschlandfunk, 14. Dezember 2016. [beleuchtet auch die zwiespältige Haltung der AfD zum Einsatz von Social Bots]

Tai, Katharin: [Zensur ist nicht gleich Zensur.](#) Wired, 29. Juli 2015 [aus der Artikelreihe "Internet made in China"].

Zeit Online / dpa: [Türkei: Mehr als Tausend Festnahmen wegen Beiträgen in sozialen Medien.](#) 24. Dezember 2016.

KRIMINALISIERUNG INTERNATIONALER KOOPERATION AUF DER EBENE DER ZIVILGESELLSCHAFT: Als die russische Regierung 2012 Nichtregierungsorganisationen dazu verpflichtete, sich als "ausländische Agenten" registrieren zu lassen, sofern sie mit ausländischen Organisationen kooperierten oder aus dem Ausland finanzielle Unterstützung erhielten, war man noch geneigt, das für eine Besonderheit der neuen russischen "Demokratie" zu halten. In der Tat stand das Gesetz ja auch in der Tradition

tion sowjetischer Denk- und Handlungsmuster, insbesondere der stalinschen "Säuberungen" aus den 1930er Jahren, als Regimegegner als angebliche ausländische "Agenten" gebrandmarkt und verfolgt wurden.

Mit dieser Einschätzung verbunden war die Hoffnung, dass sich eine derartige Kriminalisierung internationaler Kooperation in Zeiten der Globalisierung nicht aufrechterhalten ließe. Dies hat sich jedoch als völlige Fehleinschätzung erwiesen. Stattdessen hat sich das Gesetz zu einem äußerst wirkungsvollen Mittel entwickelt, Nichtregierungsorganisationen die Arbeit zu erschweren oder gar zu verunmöglichen.

Das Etikett "ausländischer Agent" entfaltet ein solches Stigma, dass die betroffenen Gruppen nur die Wahl haben, auf finanzielle Mittel zu verzichten – und damit ihre Tätigkeit einzuschränken – oder mit einem Stigma zu leben, durch das ihnen im Inland mit Misstrauen oder Ablehnung begegnet wird. Nichtregierungsorganisationen wie *Golos* ("Stimme") oder *Memorial*, die sich um die Einhaltung des Versprechens freier Wahlen bzw. die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit ihres Landes verdient gemacht haben, wurden so gesellschaftlich marginalisiert.

Die Zurückdrängung von Menschenrechtsstandards und freiheitlichem Gedankengut und damit letztlich die Austrocknung der Zivilgesellschaft, die das Gesetz bewirkt hat, haben es zu einem Exportschlager werden lassen. So gibt es mittlerweile u.a. auch in Ägypten, Israel und China entsprechende Regelungen. In Ägypten müssen Nichtregierungsorganisationen sich ihre Tätigkeit behördlich genehmigen lassen und laut neustem NGO-Gesetz eine Registrierungsgebühr entrichten, die so hoch ist, dass viele Betroffene schon an dieser Hürde scheitern. In Israel werden NGO-Mitarbeiter in der Öffentlichkeit offen stigmatisiert, indem sie sich bei Besuchen in der Knesset durch das Tragen bestimmter Plaketten zu erkennen geben müssen.

RB: [Erziehung zur Unmündigkeit – Zum Entzug der Gemeinnützigkeit für Attac durch den Bundesfinanzhof](#). rotherbaron; 28. Februar 2019.

Amnesty.ch: [Ägypten: Neues repressives NGO-Gesetz verabschiedet](#). 19. Juli 2019.

Bota, Alice / Köckritz, Angela, Lau, Jörg / Roß, Jan: [Agenten der Freiheit](#). Die Zeit, 11. Juni 2015 [über Beschränkungen für die Arbeit von NGOs in verschiedenen Ländern].

Lübben, Ivesa: [Das ägyptische NGO-Gesetz. Das Begräbnis der Zivilgesellschaft](#). Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation 18/2017.

Müller, Matthias: [Ein Korsett für ungebetene Gäste. China verabschiedet ein neues NGO-Gesetz](#). Neue Zürcher Zeitung, 28. April 2016.

Münch, Peter: ["Zu viel Kreml, zu wenig Israel"](#). Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 2016 [über das israelische NGO-Gesetz].

Neue Zürcher Zeitung / dpa: [Brisantes Handbuch: China schnürt ausländischen NGOs die Luft ab](#); 6. Mai 2018.

Scherbakowa, Irina: [Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in Russland – eine Gratwanderung](#). In: *Ost-West. Europäische Perspektiven* (OWEP), 3/2015.

Siegert, Jens (ehemaliger Leiter des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung): [Essays zum russischen "Agenten-Gesetz"](#).

MILITARISMUS: Ein Mittel, die Bevölkerung hinter sich zu scharen, ist für autoritäre Regime die Erzeugung einer Wagenburgmentalität, bei der den Menschen suggeriert wird, von lauter Feinden umgeben zu sein. Zur Abwehr dieser angeblichen Bedrohung dient eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft. Diese kann sich außer im Militärdienst beispielsweise in schulischer Wehrerziehung, der Förderung paramilitärischer Gruppierungen oder auch in entsprechenden Propagandafilmen manifestieren. Im Grundsatzprogramm der AfD (pdf-Kurzfassung, S. 6 f.) korrespondiert dem die Forderung nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht und das Plädoyer gegen eine angebliche "Einschränkung von Bürgerrechten durch eine Verschärfung des Waffenrechts".

Zentral für autoritäre Systeme ist in jedem Fall ein positives Bild des Militärs. Dadurch wird das hervorstechendste Element soldatischer Tätigkeit – bedingungsloser Gehorsam, die Bereitschaft, sich zum Werkzeug fremder Ziele zu machen – allgemein auf das Verhältnis des Einzelnen zum Staat übertragen. So erhalten auch der morgendliche Fahnenappell oder das Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen etwas Militärisches, das den Einzelnen zur bedingungslosen Unterordnung unter die Politik des Regimes erzieht.

Değirmencioğlu, Serdar M.: [Militarismus ist an türkischen Schulen allgegenwärtig](#). Connection e.V. *Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure*, Juni 2011.

Dornblüth, Gesine: [Uniformierte Kinder im Kampfkurs](#) [in Russland]. Deutschlandradio Kultur, 10. August 2015.

Dies.: [Die Militarisierung der Gesellschaft](#) [in Russland]. Deutschlandfunk, 31. Dezember 2015.

Greber, Wolfgang: [Polen stellt neue paramilitärische Armee auf](#). *Die Presse*, 3. Juni 2016.

Kantor, Ruti / Dolev, Diana: [Unsichtbarer Militarismus in Israel](#). *War Resisters' International*, 21. August 2014.

Lausberg, Michael: [Jagd auf Flüchtlinge in Osteuropa](#). *The European. Das Debatten-Magazin*, 1. Oktober 2016. [über paramilitärische Gruppierungen in Osteuropa, die mit Duldung oder Unterstützung der jeweiligen Regierungen Flüchtlinge verfolgen]

Niedersächsischer Flüchtlingsrat: [Kroatische Pushbacks nach Bosnien](#) [mit weiterführenden Links zur militarisierten Flüchtlingsabwehr an den EU-Außengrenzen]; 15. Mai 2019.

Pro Asyl: [Überblick: EU-Asylpolitik](#) [mit Verweisen auf die zunehmende Militarisierung der europäischen Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen]

MYTHISCHE ÜBERHÖHUNG DER NATION: Ein wichtiges Legitimationsmittel autoritärer Herrschaft ist das Versprechen, die "nationale Größe" wiederherzustellen oder besser zur Geltung zu bringen. Damit verbunden ist die ex- oder implizite Aufforderung an die Untertanen, diesem Ziel alle anderen Bedürfnisse – vor allem so überflüssige Dinge wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit – unterzuordnen. Auch Proteste gegen wirtschaftliche Engpässe, die durch eine protektionistische Lenkungswirtschaft entstehen können, lassen sich mit dem Appell an die nationale Opferbereitschaft leichter abwenden.

Nach außen hin führt die Verklärung der eigenen Nation häufig zu missionarischen Tendenzen, die gerne mit territorialen Ansprüchen oder mit der mutmaßlichen Unterdrückung nationaler Minderheiten in Nachbarländern begründet werden. Der so angefeuerte Nationalstolz sowie die kriegerische Ausnahmesituation können nach innen hin wiederum genutzt werden, um die Notwendigkeit politischen Gehorsams und der Unterordnung persönlicher Bedürfnisse unter die angeblichen nationalen Interessen noch nachdrücklicher herauszustellen.

Hassel, Florian: [Polen: Verordnete Verschwörung](#). Süddeutsche Zeitung, 9. September 2016 [über den Film *Smolensk* und den durch ihn vermittelten nationalen Opfermythos]

Kazim, Hasnain: [Erdogans Traum vom Osmanischen Reich](#). *Spiegel Online*, 26. Oktober 2016.

Laschyk, Thomas: [21 Aussagen, die zeigen, wie rechtsradikal die AfD wirklich ist](#) [u.a. mit Nachweisen zur positiven Besetzung des Begriffs "völkisch" durch AfD-Politiker]; volksverpetzer.de, 26. August 2019.

Luks, Leonid: [Der Faktenschaffer](#) [über Wladimir Putins nationalistische Ideologie und seine geistigen Vorbilder]. *The European. Das Debatten-Magazin*, 22. Juli 2014.

Rath, Krzysztof W.: "[Erobern, eingliedern und anschließen](#)". Vice, 17. Februar 2015 [über Alexander Dugin, einen der wichtigsten Ideologen des neuen russischen Imperialismus].

OLIGARCHISCHE WIRTSCHAFTSSTRUKTUREN: Ein Leitmotiv populistischer Rhetorik ist die Verdammung der Globalisierung, der mit einer Stärkung der nationalen Wirtschaft begegnet werden solle. Dabei geht es allerdings nur vordergründig um die fraglos vorhandenen negativen Folgen der Globalisierung, wie sie sich etwa in der Pauperisierungsspirale, die aus dem Weiterziehen der Unternehmen in immer neue Billiglohnländer resultiert, oder den Steuervermeidungsstrategien weltweit operierender Firmen manifestieren.

Das Ziel der Rechtspopulisten ist es vielmehr, mit der stärkeren Kontrolle über die ökonomischen Prozesse auch ihre eigene Machtbasis zu erweitern. So besteht ein typisches Herrschaftsmuster autoritärer Regime darin, die wirtschaftlichen Pfründe in nepotistischer Weise unter den eigenen Gefolgsleuten aufzuteilen oder andere Mächtige im Lande damit gewogen zu stimmen. So wird ein Netz von Abhängigkeiten geschaffen, das die Herrschaft der Autokraten absichert.

Blum, Petra / Obermaier, Frederik / Obermayer, Bastian: [Putins beste Freunde](#). *Süddeutsche Zeitung*, Frühjahr 2016 [aus der Reihe "Panama Papers. Das Geheimnis des schmutzigen Geldes"].

Demmelhuber, Thomas: [Das Familienunternehmen Ägypten](#). In: *Der Bürger im Staat* 60 (2010), H. 1: "Autoritäre Regime", S. 59 – 65. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung. [über die "neopatrimonialen Handlungsmechanismen" des Systems Mubarak]

Kazim, Hasnain: [Angebliches Erdogan-Telefonat: "Sohn, bring alles Geld weg, das im Haus ist."](#) *Spiegel Online*, 25. Februar 2014.

Lokshin, Pavel: [Panama Papers: Putin wacht über die Seinen](#). *Zeit Online*, 4. April 2016.

Martin, Patrick: [Trumps Pressekonferenz: Die Oligarchie an der Macht](#). *World Socialist Web Site*, 13. Januar 2017.

Merkel, Wolfgang / Gerschewski, Johannes: [Autokratien am Scheideweg. Ein Modell zur Erforschung diktatorischer Regime](#). *Schattenblick / WZB-Mitteilungen* Nr. 133, September 2011, S. 21 – 24. [vgl. vor allem den Abschnitt zum Herrschaftsprinzip der "Kooptation"]

Reich, Robert: [Trump ran as a populist but will act as an oligarch.](#) *Civil Liberties / ZNet*, 2. Dezember 2016.

Stan, Adele M.: [As Trumps builds his oligarchy, America goes to sleep.](#) *The American Prospect*, 21. Dezember 2016.

POTEMKINSCHE DEMOKRATIE: Anders als frühere Autokraten, die noch nicht vom "Geist der Aufklärung" umweht waren oder lässig über diesen hinwegsehen konnten, verbergen heutige autoritäre Regime ihre diktatorischen Bestrebungen gerne hinter einer Vielzahl scheinbarer Mitbestimmungsformen. Dahinter steht zum einen der Gedanke, dass man aufgrund internationaler, an den Menschenrechten orientierter Standards als scheinbare Demokratie leichter diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Staaten pflegen kann. Zum anderen erhält so die ausgeübte Herrschaft eine größere Legitimation.

Natürlich wird bei den entsprechenden Wahlen nichts dem Zufall überlassen. Dafür braucht man noch nicht einmal zum Mittel der Wahlfälschung zu greifen. Die Einflussnahme setzt vielmehr unmittelbar am Prozess des Wählens und der Wahlentscheidungen an. So werden Kandidaten bzw. Parteien nur dann zugelassen, wenn sie den Mächtigen genehm sind oder ihnen zumindest nicht gefährlich werden können. Im Fernsehen erhält überwiegend die herrschende Elite Sendezeit, und die gewählten Volksvertreter haben keinen oder nur sehr begrenzten Einfluss auf das Regierungshandeln. Bei Referenden wird gerne mit unterschweligen Drohungen gearbeitet, wie etwa der angeblichen Gefahr eines nationalen Niedergangs bei einer "falschen" Entscheidung.

So deutet die Forderung nach einer Einführung von mehr Volksabstimmungen auch nicht in jedem Fall auf eine besondere demokratische Gesinnung der entsprechenden Kandidaten oder Parteien hin. Bei rechtspopulistischen Parteien dient sie stattdessen oft einer Legitimierung der Ausgrenzung von Minderheiten.

Dies ist etwa zu bedenken, wenn die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild fordert, gleichzeitig aber von der "unabdingbare[n] Bringschuld" der Migranten spricht, sich zu integrieren (Grundsatzprogramm, pdf-Kurzfassung, S. 4 und 12). Eine solche Formulierung weckt ungute Erinnerungen an die so genannte "Ausschaffungsinitiative", bei der die Schweizerische Volkspartei 2010 mit offen rassistischen Wahlplakaten für die raschere Abschiebung unerwünschter Einwanderer geworben hat.

Hebel, Christina: [Opposition in Russland: "Sie stehlen unsere Wahlen."](#) *Spiegel Online*, 16. Juli 2019.

Krohs, Martin / Himmelsbach, Anton: [Parlamentswahl in Russland: Demokratie auf Russisch](#). Zeit Online, 17. September 2016.

Lassay, Paul-Christian: [Autoritäre Regime, Parlamente und die Wahrung von Menschenrechten](#). Eine empirische Untersuchung. Magisterarbeit, Mainz 2013: Johannes-Gutenberg-Universität. [vgl. insbesondere Kapitel 2, S. 9 – 25: Autoritäre Regime, Wahlen und Parlamente]

Ley, Julia: [Die Türkei wählt frei – aber nicht fair](#). Süddeutsche Zeitung, 2. November 2015.

Merkel, Wolfgang: [Entmachten Volksentscheide das Volk?](#) Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon. WZB-Mitteilungen, Heft 131, März 2011, S. 10 – 13.

Wustmann, Gerrit: [Türkei: AKP setzt Oppositions-Bürgermeister ab](#). Telepolis, Heise Online, 20. August 2019.

SYSTEMATISCHE INDOKTRINIERUNG: Autoritäre Herrschaftsstrukturen implizieren in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen bestimmte Sichtweisen und Handlungsformen. Dazu gehören beispielsweise die Bevorzugung autoritärer, das kritische Denken unterbindender Erziehungsformen in Schule und Familie, die Ablehnung von Kunstwerken, die sich kritisch mit der nationalen Geschichte auseinandersetzen, oder die Förderung eines monolithischen, Dialog und Vielfalt zurückdrängenden Bildes der eigenen Kultur.

Um die sozialen und kulturellen Prozesse in ihrem Sinne zu lenken, bietet sich autoritären Regimen neben der nackten Repression und der öffentlichen Ächtung des vom eigenen Ideal Abweichenden als "unpatriotisch" auch die Möglichkeit der finanziellen Austrocknung nicht genehmer kultureller Praktiken. Als "unpatriotisch" empfundene Projekte an vom Staat getragenen kulturellen Einrichtungen erhalten dabei schlicht keine Subventionen mehr. Zur Durchsetzung des autoritär-reaktionären Familienbildes wird zuweilen auch der Schulterschluss mit der Kirche gesucht.

Im Bereich der Bildung bedeutet Indoktrinierung, dass Lehrpläne und -bücher nach den Vorstellungen des Regimes umgestaltet und die Lehrkräfte in ihrer Ausbildung auf die entsprechenden Inhalte verpflichtet werden. Daneben wird die Jugend nicht selten auch im außerschulischen Bereich (etwa durch Jugendorganisationen von staatstragenden Parteien oder eine entsprechende Einflussnahme auf andere Freizeiteinrichtungen) auf Geist und Ziele des Staates eingeschworen.

Autoritäre Bildungssysteme zementieren überdies in der Regel die Ausgrenzung von Minderheiten. Auf einer Linie hiermit liegt es, wenn die AfD die Inklusion, das in der UN-Behindertenrechtskonvention völkerrechtlich verankerte Menschenrecht auf gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen, als "ideologisch motiviert" ablehnt

und sich für den Erhalt von Förder- und Sonderschulen ausspricht (vgl. Grundsatzprogramm, pdf-Kurzfassung, S. 11).

Bormann, Thomas: [Folgen des Türkei-Putsches: Vor Schulbeginn gefeuert](#). Deutschlandfunk, 19. September 2016 [über Massenentlassungen an türkischen Schulen].

Fierz, Gaby: [Canakkale-Biennale abgesagt. Der türkische Staat hetzt gegen die Kunstszenen](#). Neue Zürcher Zeitung, 22. September 2016.

Glathe, Julia / Schröder, Hans-Henning (Redaktion): [Russland-Analysen: Themenindex Jugendorganisationen](#) [Artikelsammlung zu Jugendorganisationen in Russland; Projekt der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen].

Kaufmann, Lissy: Anti-NGO-Gesetz in Israel: [In der Schule nur Gutes über die Armee](#). Der Tagesspiegel, 23. Juli 2018.

Medwedjew, Sergej: [Aus russischen Blogs: Zensur oder Staatsauftrag?](#) Zur Debatte um Raikin, Kulturpolitik und den Druck der national-konservativen Kräfte. Bundeszentrale für politische Bildung, 17. November 2016.

Schrum, Anja / von Aster, Ernst-Ludwig: PiS-Politik: [Polens Kulturmampf](#). Deutschlandfunk, *Gesichter Europas*, 7. Februar 2018 [Sammlung von Beiträgen über den Umbau des polnischen Kulturbetriebs und Bildungssystems durch die PiS].

Schwenck, Anna: [Regierungsfinanzierte Jugendorganisationen](#) [in Russland]. Dekoder, 17. November 2015.

ÜBERWACHUNG UND VERLEUMDUNG KRITISCHER MEDIEN: Wenn auch kein autoritäres Regime sich heute mehr eine Missachtung der neuen sozialen Medien leisten kann, so kommt doch auch den traditionellen Medien eine unverminderte Bedeutung zu. Ein typisches Handlungsmuster von Autokraten ist es daher, nach der Machtübernahme zunächst einmal die Schaltstellen der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten mit eigenen Leuten zu besetzen.

Schwieriger gestaltet sich die Situation im Bereich der privaten Medien. Auch hier gibt es jedoch ein reiches Waffenarsenal, um die einzelnen Sender und Printmedien auf Linie zu bringen. Neben der Möglichkeit, die Sendelizenz nicht zu verlängern, lassen sich hierfür etwa konstruierte Vorwürfe nutzen, die von finanziellen Unregelmäßigkeiten bis hin zur Brandmarkung kritischer Berichte als "Terrorpropaganda" reichen können. Ersteres entspricht eher der Vorliebe russischer Behörden, Letzteres ist eher der Stil des neuen türkischen Sultanats.

Ein weiteres Kontrollinstrument sind die Finanzen. So lassen sich kritische Medien durch subtile Drohungen gegenüber den großen Unternehmen und/oder durch den Ausschluss von staatlichen Anzeigen von Werbeeinnahmen abschneiden. Daneben können, wie zuletzt in Ungarn geschehen, auch kapitalistische Übernahmestrategie eingesetzt werden, um unbeugsame Redakteure loszuwerden.

Ist beides nicht oder nur eingeschränkt möglich, so bleibt immer noch die Möglichkeit, die Aufklärungsarbeit der kritischen Medien durch systematische Diffamierungsattacken zu diskreditieren. Dieser Strategie ist Donald Trump bereits vor seinem Amtsantritt gefolgt. Als US-Präsident hat er sie konsequent weiterverfolgt.

Celikkan, Ali: [Kein Geld, keine Kritik. Mit einem neuen Gesetz entzieht die Regierung unliebsamen Medien die Anzeigeneinnahmen.](#) taz.de, 31. Oktober 2016. [mit Links zu weiteren Artikeln über die Medienpolitik der türkischen Regierung]

Gruska, Ulrike: [Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt.](#) Reporter ohne Grenzen, 7. Oktober 2013.

Güth, Julia: [Polnische Medienreform forderte ihre Opfer.](#) European Journalism Observatory (ejo-online.eu), 31. August 2017.

Lausberg, Michael: [Orbans autoritäres Mediengesetz.](#) The European. Das Debatten-Magazin, 28. Oktober 2016.

n-tv: [China verschärft Internet- und Filmzensur.](#) 7. November 2016.

Rötzer, Florian: [Trump: Medien sind der "wahre Feind des Volkes".](#) Telepolis, Heise Online, 30. Oktober 2018.

Sygar, Michail: Der Bürgerheld. [Wie in Russland die unabhängige Presse verschwand](#), ein neuer ziviler Journalismus entstand und ich verprügelt wurde. Die Zeit, 14. April 2016.

Tomaszewski, Lukasz: [Medienreform in Polen: Wackelt die vierte Gewalt im Staat?](#) Deutschlandradio Kultur, 25. Juli 2016.

Yu Hua: [Die vielen Gesichter der chinesischen Zensur.](#) Hundertvierzehn. Das literarische Online-Magazin des S. Fischer Verlags, 2013.

VORWURFSUMKEHR: Ein beliebtes rhetorisches Mittel autoritärer Herrscher ist es, anderen genau das zum Vorwurf zu machen, was sie selbst diesen antun. So wird etwa der Angriff auf ein anderes Land gerne als Präventivschlag ausgegeben, also auf einen angeblich geplanten Überfall des Überfallenen auf das eigene Territorium

zurückgeführt. Ebenso wird Staatsterror – die systematische Verfolgung, Folter und Ermordung von Oppositionellen – mit Vorliebe als "Terrorabwehr" verkauft, die Opposition also pauschal unter Terrorverdacht gestellt.

Selbst massive Eingriffe in demokratische Grundrechte und speziell in die Mitbestimmungsrechte des Parlaments können so als Maßnahme zum Schutz der Demokratie verkauft werden. Getragen wird diese Argumentation von dem völkisch-totalitären Denkmuster, dass das Volk in seiner Totalität von den Herrschenden repräsentiert werde, politische Diskussionen und parlamentarische Dispute also nur eine zerstörende Wirkung entfalten könnten.

Auch die AfD, deren Anhänger zumindest unterhalb der Ebene ihrer geschmeidigen Talk-Show-Repräsentanten Andersdenkende gerne pauschal als artfremde Volksfeinde diffamieren (vgl. den Punkt "Diffamierung des politischen Gegners"), stilisiert sich selbst gerne als Opfer, das von "Lügenpresse" und politischem Establishment zu Unrecht diffamiert werde. Und in den USA wirft der Pinocchio-Präsident Trump seinen Gegnern exakt das vor, was er fortwährend tut: Fake-News zu verbreiten.

Watts, Jonathan: [Jair Bolsonaro claims NGOs behind Amazon forest fire surge – but provides no evidence.](#) *The Guardian*, 21. August 2019.

Wehner, Markus: [Das eigentliche Opfer heißt Vladimir Putin.](#) Mit abstrusen Theorien und Desinformation reagiert der Kreml immer wieder auf politische Morde. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. März 2015.

Weisband, Marina: [Keine Macht der Lüge.](#) *Die Zeit*, 26. Januar 2017 [Vergleich des von der Trump-Administration etablierten Konzepts der "alternativen Fakten" mit der Propaganda der UdSSR].

Zeit Online: Polen: [Neue Proteste gegen Mediengesetz.](#) 18. Dezember 2016 [vgl. insbesondere den Abschnitt "Regierung beschuldigt Opposition"].

© Dieter Hoffmann ([rotherbaron](#)), überarbeitete Fassung, 28. August 2019